

**Fragen****für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 27. Oktober 1999****Verzeichnis der Fragenden**

| <i>Abgeordnete</i>                               | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i>                            | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|--|-----------------------------|---|-----------------------------|
| Austermann, Dietrich (CDU/CSU) . . . . .         | 3                           | Lensing, Werner (CDU/CSU) . . . . .           | 29                          |
| Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU) . . . . .    | 35, 36                      | Dr. Meister, Michael (CDU/CSU) . . . . .      | 5, 41                       |
| Blank, Renate (CDU/CSU) . . . . .                | 42, 43                      | Michelbach, Hans (CDU/CSU) . . . . .          | 4, 15                       |
| Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) . . . . . | 14                          | Niebel, Dirk (F.D.P.) . . . . .               | 28                          |
| Dreßen, Peter (SPD) . . . . .                    | 6                           | Ostrowski, Christine (PDS) . . . . .          | 44, 45                      |
| Dörflinger, Thomas (CDU/CSU) . . . . .           | 9                           | Schemken, Heinz (CDU/CSU) . . . . .           | 24, 25                      |
| Flach, Ulrike (F.D.P.) . . . . .                 | 37, 38                      | Schlee, Dietmar (CDU/CSU) . . . . .           | 1, 2                        |
| Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU) . . . . .             | 7, 8                        | Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU) . . . . . | 22, 23                      |
| Hofbauer, Klaus (CDU/CSU) . . . . .              | 18, 19                      | Siemann, Werner (CDU/CSU) . . . . .           | 30, 31                      |
| Hollerith, Josef (CDU/CSU) . . . . .             | 20, 21                      | Singhammer, Johannes (CDU/CSU) . . . . .      | 26, 27                      |
| Koppelin, Jürgen (F.D.P.) . . . . .              | 10, 11                      | Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) . . . . . | 39, 40                      |
| Koschyk, Hartmut (CDU/CSU) . . . . .             | 12, 13                      | Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU) . . . . .     | 32                          |
| Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU) . . . . .          | 33, 34                      | Wittig, Barbara (SPD) . . . . .               | 16, 17                      |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|  | <i>Seite</i> |
|--|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....                                       | 3            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....                                       | 3            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....                                     | 3            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren,<br>Frauen und Jugend .....      | 4            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,<br>Naturschutz und Reaktorsicherheit ..... | 4            |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts .....   | 4            |
| Geschäftsbereich des Auswärtiges Amts .....  | 5            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und<br>Technologie .....                | 5            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und<br>Sozialordnung .....                  | 6            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....                                 | 8            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....                                   | 9            |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und<br>Wohnungswesen .....           | 9            |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

1. Abgeordneter  
**Dietmar Schlee**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung einen Bericht der Stuttgarter Nachrichten vom 4. September 1999 bestätigen, wonach in jüngster Zeit Schleuserbanden, vermehrt Chinesen, die als Touristengruppe getarnt sind, illegal auf dem Luftweg nach Deutschland einschleusen und hierzu die Geschleusten mit Schengenvisa ausstatten, die von der griechischen Botschaft in Hongkong ausgestellt werden?
  
2. Abgeordneter  
**Dietmar Schlee**  
(CDU/CSU) Wenn ja, was hat die Bundesregierung zur Verhinderung weiterer Einreisen dieser Art unternommen, und entspricht die Ausstellung der Schengenvisa durch die griechische Botschaft in Hongkong den Schengen-Vereinbarungen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich um gefälschte Pässe gehandelt haben soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

3. Abgeordneter  
**Dietrich Austermann**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung angesichts erster Erfahrungen mit dem Insolvenzrecht Möglichkeiten, auf eine gesetzliche Regelung hinzuwirken, bei der auf die Vorauszahlungen der Gerichtskosten verzichtet und Prozeßkostenhilfe gewährt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

4. Abgeordneter  
**Hans Michelbach**  
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zu der Erhöhung der Erbschaftsteuer durch eine Veränderung der Bewertungen von Immobilien und zur Wiedereinführung der Vermögensteuer bzw. -abgabe?
  
5. Abgeordneter  
**Dr. Michael Meister**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die unterschiedliche steuerliche Behandlung von dieselölbetriebenen und erdgasbetriebenen Binnenschiffen einander anzugleichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

6. Abgeordneter  
**Peter  
Dreßen**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das 100 000-Jobs-Programm für Jugendliche durch das Bundesamt für den Zivildienst dadurch konterkariert wird, dass Jugendliche die einen zweiten Ausbildungsvertrag unterschreiben, während der Probezeit zum Zivildienst eingezogen werden und dass diesen Auszubildenden ohne Angaben von Gründen gekündigt wird, was in der Probezeit möglich ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

7. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen  
Gehb**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit einer Genehmigung zum Bau und Betrieb eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort eines Kernkraftwerkes ohne Beteiligung der Öffentlichkeit (Auslegung, Anhörung, Einwendungen, Erörterung)?
8. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen  
Gehb**  
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen sind zu erwarten, wenn eine bestandskräftige Genehmigung zum Bau und Betrieb von Zwischenlagern am Standort von Kernkraftwerken – sei es wegen Zeitablaufs oder durch Anrufung der zuständigen Verwaltungsgerichte – nicht erfolgen kann, die Aufnahmekapazität bestehender Lagerbecken aber erschöpft sein sollte – Stilllegung oder Castor-Transporte?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts**

9. Abgeordneter  
**Thomas  
Dörflinger**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei der kurzfristigen Absage des Besuchs von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Schweiz am 1. Oktober 1999 angesichts der offenbar nicht zur Verfügung stehenden Flugbereitschaft, die vermutlich nicht erst eine halbe Stunde vor Reiseantritt festgestellt werden konnte, alternative Reisemöglichkeiten für den Bundeskanzler geprüft, und stehen generell bei Auslandsreisen des Bundeskanzlers mehrere Transportmöglichkeiten parallel zur Verfügung?

**Geschäftsbereich des Auswärtiges Amts**

10. Abgeordneter  
**Jürgen Koppelin**  
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, die er in einem Interview mit der Zeitung „Der Nord-schleswiger“ (vom 14. Oktober 1999) geäußert hat, dass der Bundeskanzler zur Zeit ein Martyrium durchmacht?
11. Abgeordneter  
**Jürgen Koppelin**  
(F.D.P.)
- Worin besteht für den Bundeskanzler zur Zeit das Martyrium?
12. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über einen Gesetzentwurf der polnischen Staatsregierung über die Reprivatisierung von nach dem Zweiten Weltkrieg enteignetem Vermögen vor, und welche Bestimmungen enthält der Gesetzentwurf für deutsche Heimatvertriebene und deutsche Aussiedler, deren Eigentum nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet wurde?
13. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 auch auf vorangegangene Handlungen anwendbar ist, weil sie bereits geltendes Völkerrecht lediglich kodifiziert hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

14. Abgeordneter  
**Wolfgang Börnßen**  
(Bönstrup)  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Wettbewerbsnachteile deutscher Werften gegenüber asiatischen, aber auch europäischen Konkurrenten auszugleichen, die deshalb entstehen, weil die Bundesregierung weder die in Europa mögliche neunprozentige maritime Wirtschaftsförderung voll ausschöpft noch Verpflichtungsermächtigungen zur Schiffbauförderung in den Bundeshaushalt 2000 eingestellt hat, und auf welche Art und Weise wird sie die daraus resultierenden Auftragseinbußen deutscher Werften sowie den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen in der deutschen maritimen Industrie kompensieren?

15. Abgeordneter  
**Hans Michelbach**  
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Einführung eines Interbanken-Entgeltes durch die Kreditwirtschaft zu Lasten der Verbraucher und Einzelhändler?
16. Abgeordnete  
**Barbara Wittig**  
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung, um die angesichts der Dynamik der Liberalisierung auf dem Strommarkt immer stärker unter Druck geratene geltende gesetzliche Übergangsregelung für die ostdeutsche Braunkohleverstromung der VEAG entsprechend den vertraglichen Verpflichtungen aus dem Stromvertrag und dem Privatisierungsvertrag zu sichern?
17. Abgeordnete  
**Barbara Wittig**  
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus den laufenden Gesprächen der VEAG-Eigner zur Schuldenübernahme, und hält sie dies für einen geeigneten Weg, um die Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Ostdeutschland zu erhalten und die VEAG im deutschen und europäischen Strommarkt wettbewerbsfähig zu machen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

18. Abgeordneter  
**Klaus Hofbauer**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, die monatlich publizierten Arbeitslosenzahlen nicht nur in Bezug zu setzen auf die Arbeitslosenzahlen des gleichen Vorjahresmonats, sondern vor allem auch auf die Gesamtzahl der im gleichen Zeitraum sozialversicherungspflichtig Beschäftigten?
19. Abgeordneter  
**Klaus Hofbauer**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung genaue Angaben machen zu den seit der Bundestagswahl vom 27. September 1998 weggefallenen und neu geschaffenen Arbeitsplätzen?
20. Abgeordneter  
**Josef Hollerith**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Höhe der Bundeszuschüsse an die knappschaftliche Rentenversicherung bekannt?

21. Abgeordneter  
**Josef  
Hollerith**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, um wie viel die Durchschnittsrente der knappschaftlichen Rente von der Durchschnittsrente der gesetzlichen Rentenversicherung abweicht?
22. Abgeordnete  
**Birgit  
Schnieber-  
Jastram**  
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, dass bei einer Befristung von „Tariffonds“ die jungen Arbeitnehmer nicht in den Genuss der „Rente mit 60“ kommen können und damit das Ungleichgewicht zwischen der Belastung der Generationen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung noch weiter verschärft wird?
23. Abgeordnete  
**Birgit  
Schnieber-  
Jastram**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass in den neuen Bundesländern nur ca. 60 % der Arbeitnehmer in Firmen arbeiten, die Mitglied eines Arbeitgeberverbandes sind und nur die Arbeitnehmer in diesen Firmen in den Genuss der „Rente mit 60“ kommen werden und wie will die Bundesregierung darauf reagieren?
24. Abgeordneter  
**Heinz  
Schemken**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Erfolgsaussichten für die Durchsetzung des Modells der „Tariffonds“ im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, obwohl die Arbeitgeber erklärtermaßen der Einführung von „Tariffonds“ nicht zustimmen werden?
25. Abgeordneter  
**Heinz  
Schemken**  
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, dass durch die Einführung von „Tariffonds“ die Lohnnebenkosten erhöht werden und dies im direkten Widerspruch zu dem erklärten Ziel der Bundesregierung steht, die Lohnnebenkosten zu senken?
26. Abgeordneter  
**Johannes  
Singhammer**  
(CDU/CSU)
- Müsste bei Einführung von „Tariffonds“ das Rentenalter von 63 bei der Rente wegen langjähriger Versicherung abgesenkt werden?
27. Abgeordneter  
**Johannes  
Singhammer**  
(CDU/CSU)
- Inwieweit würde das Nettorentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Einführung von „Tariffonds“ abgesenkt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

28. Abgeordneter  
**Dirk Niebel**  
(F.D.P.)
- Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag, Partnerinnen und Partnern von zur Versetzung ins Ausland anstehenden Soldaten für Wohnungsbesichtigungsreisen zum neuen Stützpunkt freie Plätze auf Bundeswehrmaschinen zur Verfügung zu stellen und damit die Akzeptanz des neuen Lebensumfeldes zu verbessern, vor dem Hintergrund, dass derzeit bei einer für mehrere Jahre geplanten Verwendung z. B. in den USA keine gemeinsame Wohnungsbesichtigung vorgesehen ist?
29. Abgeordneter  
**Werner Lensing**  
(CDU/CSU)
- Wie ist die vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, am 8. September 1999 vor dem Konversionskongress der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Mainz gemachte Ankündigung, „zur Senkung der Betriebskosten an den Standorten der Bundeswehr eine stärkere Zusammenarbeit mit den Kommunen zu suchen“, vor dem Hintergrund der Tatsache einzuschätzen, dass die lokalen Stromversorger von den Ausschreibungen von Stromlosen im Bereich der Bundeswehr faktisch ausgeschlossen sind?
30. Abgeordneter  
**Werner Siemann**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung im Hinblick auf die im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung erstellte Studie der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) ergreifen, um den festgestellten hohen Energieverbrauch innerhalb der Bundeswehr zu reduzieren und Energiekosten zu sparen?
31. Abgeordneter  
**Werner Siemann**  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Budgetierung wie in der Studie vorgeschlagen flexibilisieren, um Anreize zu energiesparenden Investitionen für einzelne Standorte zu schaffen?
32. Abgeordnete  
**Annette Widmann-Mauz**  
(CDU/CSU)
- Welche Umstände, auf die das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 29. Juli 1999 im Zusammenhang mit meiner schriftlichen Frage mit der Arbeitsnummer 6/35 vom 1. Juni 1999 zur Absage eines Besuchs bei der Bundeswehr in Stetten am kalten Markt Bezug nimmt, sind eingetreten, die es rechtfertigen, dass meine o. g. Frage bis heute nicht beantwortet ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

33. Abgeordneter  
**Karl-Josef  
Laumann**  
(CDU/CSU)
- Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, körperlich Pflegebedürftigen den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung zu erschweren, um die erwünschte Hilfe für Demenzzranke gegenzufinanzieren, und wenn ja, wie soll das geschehen?
34. Abgeordneter  
**Karl-Josef  
Laumann**  
(CDU/CSU)
- Wie haben sich die Leistungen der Pflegeversicherung im Vergleich zu den Leistungen der Beihilfe bei vergleichbaren Pflegefällen entwickelt, zum einen bei der ambulanten Pflege, zum anderen bei der stationären Hilfe?
35. Abgeordnete  
**Dr. Sabine  
Bergmann-Pohl**  
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag 1998 entsprechend einer Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses das Bundesministerium für Gesundheit aufgefordert hat, den § 192 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) dahingehend zu ändern, dass versicherungspflichtigen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung während des Erziehungsurlaubs eine beitragsfreie Familienversicherung gewährt wird?
36. Abgeordnete  
**Dr. Sabine  
Bergmann-Pohl**  
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum wurde bei der Gesundheitsreform oder bei anderer Gelegenheit diesem Votum des Petitionsausschusses nicht gefolgt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

37. Abgeordnete  
**Ulrike  
Flach**  
(F.D.P.)
- Wie viele Straßenbrücken, die zu Bundesstraßen gehören, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind gegenwärtig aufgrund schlechtem baulichen Erhaltungszustand für den Straßenverkehr gesperrt, und wie hoch ist die Zahl solcher Straßenbrücken nach Kenntnis der Bundesregierung bei Land- und Kreisstraßen?

38. Abgeordnete  
**Ulrike Flach**  
(F.D.P.)
- Zu welchen Streichungen bzw. Bauverzögerungen beim Ausbau der Ruhrgebietsautobahn A 40, insbesondere bei der sog. „Bochumer Lösung“, wird es durch die Kürzungen bei der Bundesfernstraßenplanung kommen, und wann ist mit einer definitiven Entscheidung über den Bau zu rechnen?
39. Abgeordneter  
**Peter Weiß**  
(**Emmendingen**)  
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Straßenbauvorhaben in Baden-Württemberg möchte die Bundesregierung bei der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes neu in den vordringlichen Bedarf aufnehmen, vor dem Hintergrund der Zusage von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einer Veranstaltung in Freiburg im Breisgau am 19. Oktober 1999 (Badische Zeitung vom 20. Oktober 1999), dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vorschlagen wird, bei der Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung den Stadttunnel Freiburg in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen?
40. Abgeordneter  
**Peter Weiß**  
(**Emmendingen**)  
(CDU/CSU)
- Wie sieht die Bundesregierung die Realisierbarkeit von neu in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufzunehmenden Straßenbauvorhaben angesichts der Kürzungen im Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen?
41. Abgeordneter  
**Dr. Michael Meister**  
(CDU/CSU)
- Welche technischen, administrativen oder politischen Hindernisse gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig für eine freie Passage für Binnenschiffe auf der Donau im Bereich Serbien?
42. Abgeordnete  
**Renate Blank**  
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die Befahrbarkeit der Donau bis zum Schwarzen Meer mit Binnenschiffen dar, und gibt es in diesem Zusammenhang bereits Ergebnisse der eingesetzten Expertengruppe der Donaukommission?
43. Abgeordnete  
**Renate Blank**  
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen ergeben sich aus der Donausperrung für das deutsche Binnenschiffahrtsgewerbe?

- 44.** Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- Welche Schlussfolgerungen für eine mögliche Abschaffung der Privatisierungspflicht im Interesse der ostdeutschen Wohnungsunternehmen und im Interesse der Sicherheit der Mieter gedenkt die Bundesregierung zu ziehen, angesichts der Tatsache, dass der größte Zwischenerwerber, der 16 000 Wohnungen nach dem Altschuldenhilfegesetz erworben hat, offensichtlich in Liquiditätsproblemen steckt und nicht in der Lage ist, die Sanierung von 3 000 Wohnungen in Cottbus zu vollenden, Handwerkerrechnungen nicht bezahlt wurden, die Mieter in Wohnungen sitzen, die nach angefangenen Baumaßnahmen nicht winterfest sind und der Abschluss der Bauarbeiten offensichtlich nicht sicher ist?
- 45.** Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- Was sind die wesentlichen Eckpunkte für eine Reform des Sozialen Wohnungsbaus, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) vorbereitet und über die ein Ministerialdirektor aus dem BMVBW vor der Wohnungswirtschaft in Bayern bereits referierte, über die die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und das Hohe Haus allerdings bisher nicht informiert wurden?

Berlin, den 22. Oktober 1999

